

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

Januar 2018

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

die Jahreszahl 2018 läutet ein Jahr mit etlichen runden historischen Daten ein: 1848, 1918, 1938, 1968, um nur einige zu nennen. Der Verein Netzwerk wird zur Erinnerung an manches historische Ereignis seinen Beitrag leisten, darüber aber nicht vergessen, dass wohl seine zentrale Aufgabe in diesem Jahr darin besteht, die Ausgestaltung des Lernorts „Hannover und die NS-Gesellschaft“ aktiv zu fördern. Als eine seiner Aufgaben versteht er es auch, sich in aktuelle erinnerungspolitische Auseinandersetzungen einzumischen. Die letzte Mitgliederversammlung hat dies zum Thema Dokumentationsort Reichserntedankfest Bückeberg mit einer Resolution getan, in der den Protagonisten die Unterstützung gegenüber den Gegnern dieses Vorhabens zugesichert wurde. Entsprechende Schritte wurden eingeleitet, ein Beitrag in diesem Newsletter nimmt dazu Stellung.

Entgegen der bisherigen Praxis dieses Mitteilungsblattes veröffentlichen wir ausführlich das Programm einer anstehenden Veranstaltung. Die jährlich im Februar stattfindende „antifaschistische Sozialkonferenz“ ist es wert, ausführlich beworben zu werden.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Kranzniederlegung am Holocaust-Mahnmal**
- **21. Antifaschistische Sozialkonferenz**
- **Ausstellungseröffnung und Buchpräsentation mit Ivan Moscovich**
- **Sonderausstellung „Deportationsort Ahlem – Judentransporte ab Hannover 1941-1944“ in Barsinghausen – eine Ankündigung**
- **Stolpersteine**
- **Bückeberg – Anmerkungen zu Geschichte und Gegenwart**
- **Brüche und Kontinuitäten nach 1945 – eine lokalhistorische Studie als Lese Tipp**
- **Ankündigung: Filmvorführung: NS-Wochenschauen der Kriegsendphase 1944/45**

Kranzniederlegung am Holocaust-Mahnmal

Am Freitag, den 15. Dezember, fand anlässlich des 76. Jahrestags der Deportation von Juden aus Hannover nach Riga eine Gedenkfeier am Holocaust-Mahnmal am Opernplatz statt. Mit Gebeten, der Niederlegung von Kränzen und einer Aktion von Schülerinnen und Schülern der Humboldtschule wurde den Opfern des Nazi-Terrors gedacht. Das von der Städtischen Erinnerungskultur der Landeshauptstadt organisierte Gedenken am 15. Dezember bezieht die Opfer aller Deportationen aus Hannover ein.



Die Kränze anlässlich des Gedenktages; © LHH

Den Auftakt der Veranstaltung bildete das Totengebet „El Male Rachamim“, vorgetragen von Kantor Assaf Levitin. Wie bereits im letzten Jahr beteiligten sich Schülerinnen und Schüler der Humboldtschule an der Gedenkfeier – die Schule hatte anlässlich des 75. Jahrestags der Deportation im Jahr 2016 die Patenschaft für das Gedenken am Mahnmal übernommen. In diesem Jahr haben die rund 50 Schülerinnen und Schüler 100 blaue und weiße Luftballons mit Namenskarten versehen – jeweils mit 10 bzw. 11 Namen – um den 1001 nach Riga deportierten Juden aus Hannover zu gedenken. Auf den Karten befindet sich zudem ein QR-Code, über den sich die Lebensgeschichten der einzelnen Personen aufrufen lassen. Die Ballons wurden gleichzeitig fliegen gelassen.



Die Luftballons mit den Namen der Deportierten wurden von Schülerinnen und Schülern der Humboldtschule gestaltet. © LHH

Bei der anschließenden Kranzniederlegung war die Landeshauptstadt unter anderem durch Oberbürgermeister Stefan Schostok vertreten.

Den Abschluss der Zeremonie bildete das „Kaddisch“. Dabei handelt es sich um ein Gebet, das unter anderem zum Totengedenken und am Grab gesprochen wird.



Oberbürgermeister Stefan Schostok beteiligte sich an der feierlichen Kranzniederlegung am Mahnmal am Opernplatz. © LHH

Hintergrund: Deportation nach Riga

Am 15. Dezember 1941 wurden 1.001 Juden aus Hannover nach Riga deportiert. Die ehemalige Israelitische Gartenbauschule – heute Gedenkstätte Ahlem – diente als Sammelstelle. Von hier aus wurden die jüdischen Männer, Frauen und Kinder über den Bahnhof Fischerhof nach Riga verschleppt. Dort sperrte man die Hannoveraner am 18. Dezember in das Judenghetto, das wenige Stunden zuvor geräumt worden war: Die bisher dort lebenden lettischen Juden waren ermordet worden. Von den 1.001 Juden aus Hannover und Umgebung überlebten 69 die Deportation und die Verfolgung.

Die Stadt Hannover bemüht sich seit Jahren um eine Aufarbeitung der Riga-Deportation: Hannover ist Mitglied im „Deutschen Riga-Komitee“. Das Komitee wurde im Jahr 2000 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gegründet, um eine dauerhafte Erinnerung an die nach Riga Deportierten sicherzustellen.

LHH – Städtische Erinnerungskultur

21. Antifaschistische Sozialkonferenz

„DIE NEUE RECHTE – IN NETZWERKEN, AUF DER STRASSE UND IM PARLAMENT“ am 10.02.2018, 10:30 Uhr – 16:00 Uhr, Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover

Die extreme Rechte befindet sich in Deutschland auf dem Vormarsch. Ob PEGIDA auf der Straße, die AfD in den Parlamenten oder die vielfachen Netzwerke im Hintergrund: die extreme Rechte nimmt zunehmend Einfluss auf den politischen Diskurs und das Handeln der bürgerlichen Parteien. Dabei geriert sie sich in Abgrenzung zum historischen Nationalsozialismus als „Neue Rechte“.

Organisatorisch wie programmatisch hat sie sich vermeintlich neue Schwerpunkte gesetzt. Sie will Bewegung sein, will den deutschen Erinnerungsdiskurs überwinden, spielt mit Begrifflichkeiten und setzt auf gezielte Provokationen um Aufmerksamkeit zu schaffen und Grenzen des Sagbaren zu verschieben.

Doch wie neu ist die „Neue Rechte“ tatsächlich? Haben wir es hier mit einer politischen Strömung zu tun, die sich glaubhaft von der traditionellen, NS-bezogenen Rechten abgrenzt? Oder erscheint sie nur als alter Wein in neuen Schläuchen? Das Spektrum der „Neuen Rechten“ ist heterogen, teils diffus. Während sich Teile als verfassungstreue Wertkonservative verstehen, die heute die

eigentlichen Verteidiger der Demokratie seien, sympathisieren andere offen mit staatsfeindlichen und faschistischen Ideologien.

Das aktuelle Erstarren einer vermeintlich „Neuen Rechten“ in Deutschland soll Ausgangspunkt der diesjährigen Antifaschistischen Sozialkonferenz sein. Wir möchten uns mit ihren Traditionslinien und Ideologien befassen und möchten analysieren, wer die Akteur*innen sind und wie ihre Netzwerke funktionieren. Wir möchten aber auch spezifische Programmpunkte auf den Prüfstand stellen und gemeinsam diskutieren, was sich hinter neurechter Geschlechterpolitik verbirgt, wie die „Neue Rechte“ die soziale Frage aufgreift und welche Antworten sie anbietet. Zudem möchten wir wie gewohnt einen Raum für Austausch und Vernetzung bieten, um die antifaschistische Arbeit weiter voranzubringen.

PROGRAMM FREITAG 09.02.18 18:00 Uhr, Freizeitheim Linden

Strategien gegen rechte Raumergreifung und vorrauseilendem Gehorsam
mit Kristin Harney, ARUG – ZDB

Und Thomas Willms, Netzwerk Aufstehen gegen Rassismus

Raumergreifung ist eine alte Taktik der Rechten seit der Weimarer Republik. Bisher war es für engagierte antifaschistische Kräfte häufig möglich, sich dagegen zu wehren. Doch seitdem ein Teil der Neuen Rechten in Parlamenten sitzt, wird es schwieriger sie aus eigenen Veranstaltungen zu verweisen. Zudem geraten immer häufiger antifaschistische Initiativen gegenüber öffentlichen Verwaltungen unter Rechtfertigungsdruck. Welche Möglichkeiten stehen uns zur Verfügung stehen, wollen wir diskutieren.

PROGRAMM SAMSTAG 10.02 Einlass 10.30 Uhr, Beginn 11:00 Uhr, Pavillon Hannover

VORTRÄGE UND DISKUSSION:

„Rechte Ideologie – früher und heute“ – David Begrich, Miteinander e.V.

„Zusammensetzung der AfD Parlamentsfraktion im Bundestag“ – Gerd Wiegel, Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus für die Fraktion Die Linke im dt. Bundestag.

ARBEITSGRUPPE 1: Akteure und Netzwerke der Neuen Rechten.

Auf ihrem Weg zu einer rechten Bewegungspartei mit Ausläufern in der extremen Rechten kann die AfD auf ein sorgsam geknüpftes Netzwerk bauen. Dazu gehören beispielsweise die „Identitäre Bewegung“, das neurechte Institut für Staatspolitik“ um Götz Kubitschek, die Kampagne "ein Prozent für unser Land" sowie schon bestehende Netzwerkstrukturen wie PEGIDA. Sie sind Teile der erstarkenden völkischen Bewegung, die sich unter dem Dach der AfD formiert. Ein exemplarischer Blick nach Thüringen beleuchtet die Akteure und ihre Strategien.

Mit Kai Budler, freier Journalist für den Bereich Rechtsextremismus

ARBEITSGRUPPE 2: Neoliberalismus und die soziale Frage von rechts.

Oft genug werden von AfD Wähler*innen und Sympathisant*innen ökonomische Gründe angeführt, welche die eigene Wahlentscheidung maßgeblich mitgeprägt haben sollen. Ein Blick ins Wahlprogramm genannter Partei lässt jedoch staunen: Von einem sozialen Wirtschaftsprogramm fehlt fast jede Spur. Wie geht das zusammen?

Mit Stefan Dietl, Autor von: „Die AfD und die soziale Frage“

ARBEITSGRUPPE 3: Geschlechterfrage der AfD.

Mit der AfD hält ein reaktionäres Verständnis von Geschlecht und Zusammenleben Einzug, das gerne als „Schutz der Kleinfamilie“ verklärt wird. Darin enthalten: Zweigeschlechtlichkeit als dauerhafte Norm und Familie als Keimzelle der Nation.

Mit Alice Blum, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Justus-Liebig-Universität Giessen, Autorin von „Antifeminismus als verbindendes Element zwischen extrem rechten, rechtspopulistischen und konservativen Parteien in Deutschland sowie dem reaktionärem Mob.“

Red.

Ausstellungseröffnung und Buchpräsentation mit Ivan Moscovich

Der heute 92jährige Ivan Moscovich hat die Konzentrationslager Auschwitz, Bergen-Belsen und Ahlem überlebt. Auf Einladung der Gedenkstätte Ahlem der Region Hannover besuchte er Ende Januar Hannover, um an der Gedenkstunde anlässlich des Holocaustgedenktes in der Gedenkstätte Ahlem teilzunehmen, aber auch, um bei der Präsentation seiner Biografie, die im Rahmen der Schriftenreihe der Gedenkstätte erscheint, dabei sein zu können.

Gleichzeitig stellte er der Gedenkstätte Ahlem 35 seiner mit dem „Harmonograph by Moscovich“ entstandenen Bilder zur Verfügung, die bis zum 18. März 2018 in der Gedenkstätte Ahlem im Rahmen einer Sonderausstellung zu sehen sind. An der Buchpräsentation und Ausstellungseröffnung am 28.01.2018 in der Gedenkstätte nahmen ca. 80 Personen teil. Regionspräsident Hauke Jagau stellte dabei die Besonderheit von Moscovichs Biografie heraus, die sich aus seiner unglaublichen Verfolgungsgeschichte und seinem Wirken in der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart ergibt. So ist Ivan Moscovich nicht nur künstlerisch aktiv, sondern vor allen Dingen als Spieleerfinder und Rätselbuchautor bekannt geworden.

Seit seinem ersten Besuch in Hannover 2014 im Rahmen der Neueröffnung der Gedenkstätte Ahlem hat er in der Region Hannover mittlerweile „liebe Freunde“ gefunden, wie er selbst sagt. Für die Sonderausstellung hat er daher die schönsten Werke seines Schaffens zusammengestellt, die zu einem Sonderpreis auch käuflich zu erwerben sind. Am Eröffnungstag fanden bereits 13 seiner Bilder einen neuen Besitzer. Ivan Moscovichs Biografie „Der Puzzelman – Der Rätselmann“ ist im Wehrhahn Verlag erschienen und kann in der Gedenkstätte Ahlem oder im Buchhandel erworben werden (ISBN 978-3-86525-808-3, 15 €).



Ivan Moscovich vor seinem Harmonographen im Wohnzimmer seiner Wohnung in Nijmegen, Niederlande.
(Foto: Shaun Hermel)

Shaun Hermel

Sonderausstellung „Deportationsort Ahlem – Judentransporte ab Hannover 1941-1944“ in Barsinghausen

Mit der Gedenkveranstaltung zum Holocaustgedenktag am 27.01.2018 in Barsinghausen wurde auch die Wanderausstellung der Gedenkstätte Ahlem zum „Deportationsort Ahlem“ in Barsinghausen eröffnet. Die Siegfried-Lehmann-Stiftung hat die Ausstellung um fünf weitere Stelltafeln ergänzt, die das Schicksal der aus Barsinghausen über Ahlem Deportierten abbilden. Bis Anfang März ist die Ausstellung im Rathaus I zusehen, dienstags ganztägig bis 18 Uhr.

Shaun Hermel

Stolpersteine

Vorstand und Referent des Netzwerks begleiteten am 7. Dezember die diesjährige Verlegung von Stolpersteinen im Stadtgebiet. Nachdem die Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Hannover sich aus organisatorischen Gründen aus dem ständigen Verlegprojekt der Stadt Hannover zurückgezogen hatte, übernimmt der Verein Netzwerk deren Aufgabe, die Spendenabwicklung. Die von Edel Sheridan-Quantz und ihren KollegInnen von der LHH-Städtische Erinnerungskultur sorgfältig erstellten Biografien der NS-Opfer, für die an diesem kalten Wintertag G. Demnig in Anwesenheit der jeweiligen Paten/SpenderInnen die Steine verlegt wurden, sind in ihrer Ausführlichkeit der website hannover.de zu entnehmen.

<https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/St%C3%A4dtische-Erinnerungs%C2%ADkultur/Stolpersteine/Biographien-zur-Stolpersteinverlegung-2017>

Eine feierliche Form begleitete die Verlegung der Stolpersteine für Dr. med. Otto, Lieselotte und Tanja Bloch in der Ellernstr. 39. Der Arbeitskreis „Schicksale jüdischer Ärzte in Hannover“ innerhalb der Ärztekammer Niedersachsen hatte die Verlegung gespendet. Eine Angehörige der Opfer war aus Israel angereist und sang a capella „Ein Gang nach Caesarea – Hannah Szenes“. In Limmer nahm der Geschichtsleistungskurs des Gymnasiums Limmer unter der Leitung unseres Mitglieds Dr. Marco Dräger an der Verlegung der Stolpersteine zum Gedenken an Regine und Max Goldschmidt in der Franz-Nause Str. 4 teil. Während den Töchtern dieses Ehepaares 1939 die Emigration nach England gelang, wurde das Ehepaar Anfang September 1941 in das „Judenhaus“ Wunstorfer Str. 16a verbracht und mit dem Transport vom 15.12.1941 nach Riga verschleppt.

Zwei Stolpersteine werden für Ilse und Fritz Treu vor dem Grundstück Grünlinde 16 in Ricklingen verlegt. Bei der Verlegung waren Familienangehörige sowie Bürgermeister Thomas Hermann anwesend. Ilse und Fritz Treu gehörten zu jenen linken Sozialdemokraten, die 1931 die linkssozialistische SAPD gründeten.



© LHH

Bürgermeister Thomas Hermann bei der Stolpersteinverlegung mit Heidi Friedrichs (sie hält den Stolperstein für ihre Tante Ilse Treu in den Händen), Künstler Gunter Demnig und Bezirksbürgermeister von Ricklingen Andreas Markurth (v.l.);

Sie wurden wegen ihrer politischen Gesinnung und auch rassistisch verfolgt – Fritz Treu war jüdisch und die Kinder der Treus galten als „Mischlinge 1. Grades“. Die Familie lebte seit 1939 auf dem Gelände der Gartenbauschule Ahlem. Fritz Treu wurde im Februar 1945 nach Theresienstadt deportiert. Er und seine Familie überlebten und wanderten 1951 in die USA aus.

PS / LHH- Städtische Erinnerungskultur

Bückeberg – Anmerkungen zu Geschichte und Gegenwart

Auf seiner letzten Mitgliederversammlung hat der Verein Netzwerk Erinnerung und Zukunft eine Resolution beschlossen, um seine Solidarität mit denjenigen zu bekunden, die auf dem Bückeberg bei Hameln einen Dokumentationsort zu den Reichserntedankfesten 1933-1938 einrichten wollen. Diese Parteinahme hielt die MV für notwendig, weil sich massiv Kräfte gegen dieses erinnerungspolitisch bedeutende Projekt stemmen.

„Kostengünstige Infotafel reicht aus“, „Zu kostspielig“, „Erinnerung an KZ-Standorte wichtiger“, „Machthaber manipulierten das Volk“, „Nicht gleich in die rechte Ecke stellen“, lauten Überschriften von Leserbriefen, die die *Deister-Weser-Zeitung* im Januar veröffentlichte. „CDU gegen Plan für Doku-Stätte“, „Kritik aus Reihen der SPD“, „Kippt der Kreistag Bückeberg-Projekt?“ ergänzte das Blatt seine Berichterstattung zur geplanten Dokumentationsstätte über die Reichserntedankfeste 1933-1938 auf dem Bückeberg bei Hameln. Parteienvertreter*innen und Empörungsbürger*innen aus den Anliegerorten, insbesondere der Gemeinde Emmertal, machen mobil, um den aus jahrelanger Planungs- in die Realisierungsphase eingetretenen Dokumentationsort zu verhindern.

Worum es bei dem Vorhaben inhaltlich geht, können alle Bedenkenräger*innen wissen: Eine von dem mittlerweile pensionierten Geschichtslehrer Bernhard Gelderblohm erstellte große Ausstellung zum Reichserntedankfest war vor Jahren nicht nur in Hameln und Umgebung gezeigt worden. Sie hatte bundesweit, unter anderem in der Dokumentationsstelle Reichsparteitagsgelände in Nürnberg oder in der ehemaligen Reichsbauernstadt Goslar Aufmerksamkeit gefunden. Es gibt seit langer Zeit Broschüren und einen Film zum Thema. Doch: So wie die historische Bearbeitung des Reichserntedankfestes auf dem Bückeberg eine lange Geschichte hat, so auch die Erregung von Teilen des Empörungsbürgertums. Vor Jahren wurden die ersten Planungen zur Gestaltung des Geländes, initiiert von B. Gelderblohm, vom Landesdenkmalamt, der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten und anderen in Emmertal vorgestellt. Die Protagonisten, die eigentlich nur ihre Vorplanungen der Öffentlichkeit präsentieren wollten, sahen sich in einer gerammelt vollen

Turnhalle einem inszenierten Volkszorn ausgesetzt. So traten bei der Debatte reihenweise Schülerinnen und Schüler auf, die in einstudierten Wortmeldungen ihre Bedenken um den Erhalt des friedlichen Weserberglandes kundtaten, meinten, für Bildung müsse Geld ausgegeben werden und nicht für ein Dokumentation über einen Ort, mit dem sowieso niemand mehr etwas anfangen könnte. Außerdem würde er dann zu einem Anziehungspunkt für Neonazis werden. Alles schon tausendmal gehört und vernommen und nun wird es wieder aufgewärmt.

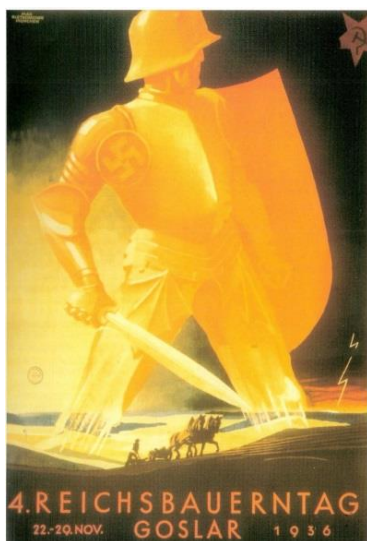
Heute – es geht um die Umsetzung eines schlüssigen, breit diskutierten Konzepts – erhält diese Auseinandersetzung eine neue Dimension. Das Geschehen wird nun bundesweit beobachtet und kommentiert, die ZEIT, andere Medien und der NDR berichteten ausführlich. Die Dokumentation des Reichserntedankgeschehens am authentischen Ort trifft einen zentralen Nerv des Umgangs der bundesdeutschen Gesellschaft mit der NS-Vergangenheit: Hier geht es nicht um Gedenken an einem Schreckensort, einem Ort des Verbrechens und der Vernichtung, einem Gedenken, dem sich kaum jemand entziehen kann, der sich nicht mit AfD-Bernd Höcke und anderen Geschichtsrevisionisten gleichstellt. Hier geht es um die Darstellung einer sich um Adolf Hitler und den Reichsbauernführer Richard Walter Darré zusammenschließenden nationalsozialistischen Volksgemeinschaft der ganz normalen Deutschen. Das dürfte den Empörten bekannt sein, das dürfte auch das zentrale Motiv der sich als Bedenkenträger Ausgebenden für ihre ablehnende Haltung sein. Am Bückeberg versammelte sich Hitlers Volk zu Hunderttausenden, um ihm zuzujubeln. Auf seinen Fahrten vom Bückeberg in die Reichsbauernstadt Goslar säumten weitere Tausende die Straßen. Im Unterschied zu der anderen regelmäßigen Massenzusammenkunft, dem Reichsparteitag in Nürnberg, war das Reichserntedankfest Ausdruck der Verbundenheit zwischen Hitler und seinem *Volk* – und, was so ungern registriert wird und deshalb Widerstand erzeugt: Ausdruck der begeisterten Verbundenheit des *Volkes* mit seinem Führer. Diese Begeisterung war nicht nur im Eventcharakter dieses Ereignisses begründet. Ihren ideologischen Hintergrund bildete die Aufwertung der Besonderheit der Deutschen, des deutschen Bauern und ihrer Rasse.

Bilder, Filme und andere Dokumentationen zeugen vom Überschwang der Massen, ihrem Führer und seinem Bauernfänger nahe sein zu können. Nahe sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Bückeberger Umgebung diesen Ereignissen immer noch. Nahezu jede Familie hat Vorfahren, die sich an dem Spektakel beteiligten, die das Ganze aufregend und toll fanden. Da wurde niemand „verführt“, diese vor langer Zeit ersonnene Legende, die Distanz erleichtern soll, widerlegte das Großereignis, das Menschen aus allen Teilen des Reichs anzog, selbst. Und: diese Aufmärsche deutschen Bauerntums und anderer Volksgenossinnen und Volksgenossen waren keine nur volksfestlichen Jubelversammlungen, als die sie retrospektiv allzu gern verkleinert werden. Das Reichserntedankfest und mit ihm die allerorten begangenen Erntedankfeste bildeten die jährlichen Kristallisationspunkte zur Propagierung der Blut-, Boden- und Rasseideologie des Reichsnährstands und seiner Taten, immerhin der größten NS-Massenorganisation.

Noch bevor überhaupt das neu definierte Erntedankfest stattfand, war das auf ihm formulierte politische Versprechen der NSDAP im Reichsnährstandsgesetz vom 13. September 1933 formuliert worden:

„Wir sind überzeugt, dass dem deutschen Volke nur folgende beiden Wege offenstehen: Entweder auf dem Wege, welcher das Reichsnährstandsgesetz brachte, weiter fortzuschreiten und damit überhaupt zu einer deutschen Volkswirtschaft im echten Sinne des Wortes zu kommen, oder wieder abzuirren vom Wege und damit restlos unter die Knute desjenigen Volkes zu geraten, das die Auswertung der Zwischenhandelsgewinne noch immer besser zu gestalten und auszunutzen verstand als unser auf Leistung und Güte der Ware, das heißt auf ehrliche Arbeit gezüchtetes Volk, nämlich unter der Knute der *Juden!* [...] Der Reichsnährstand hat die Aufgabe, seine Angehörigen in

Verantwortung für Volk und Reich zu einer lebenskräftigen Stütze für den Aufbau, die Erhaltung und die Kräftigung des deutschen Volkes zusammenzuschließen. [...Er dient der] Sicherung der Bevölkerung in blutsmäßiger Hinsicht und (der) Erringung und Erhaltung der Nahrungsfreiheit.“
 Wie Rasseherrschaft und Nahrungsfreiheit sichergestellt werden sollte, verdeutlichte das Plakat zum Reichsbauerntag 1936, einem Jahr, in dem auch das sechs Wochen vorher abgehaltene Fest auf dem Bückeberg militaristisches Gepräge erhalten hatte.



Erntedank war eigentlich ein kirchliches Fest. Zur Erntezeit im Oktober wurde in allen christlichen Kirchen des Reichs Gott für die Ernte gedankt. Im Sommer 1933 wurde den Kirchen die Regie darüber genommen – diese nahmen es zumeist widerspruchslos hin – und in die Hände des Reichsnährstands gelegt. Nun sollte der Dank dem Führer und „Mutter Erde“ gelten. Die „Vergottung des Volkstums und der Rasse“ nannte ein Pastor der bekennenden Kirche aus Goslar diesen mit dem Erntedank 1933 beginnenden Vorgang der „Verheidung“ des Volkes. Die institutionelle Sakralisierung Adolf Hitlers geht auf dieses Fest zurück.

Staatsrat Meinberg, ein hoher Funktionär im Reichsnährstandsapparat mit eindrucksvoller Nachkriegskarriere als Bauernfunktionär, betonte in seiner Rede auf dem Reichsbauerntag 1934 in Goslar:

„Und es wird stets ein Geheimnis unseres Volkes bleiben, dass wir aus unserem *Boden*, aus unserer *Muttererde* immer wieder die Kraft erhalten, die unsere *Art* und Zukunft bestimmt. Wir sehen durch unsere ganze Geschichte hindurch die Auswirkung des *bäuerlichen Bluterbes*, das nicht nur eine *bevölkerungspolitische* Bedeutung, sondern vielmehr eine *geistes- und kulturgeschichtliche* Bedeutung hat. [...] Uns dagegen lehrt die *Rasseanschauung*, dass *Blut und Kultur* eine durch das Schicksal gegebene *organische Einheit* darstellen, dessen Missachtung zwangsläufig zur *Entartung* führen muss. Und das ist das große Geheimnis unseres deutschen Volkes, dass die Bedeutung des bäuerlichen *Bluterbes* für Volk und Staat Schicksal des ganzen deutschen Volkes schlechthin ist. Es ist kein Zufall, dass gerade in der Gegenwart diese Gedanken mit immer stärkerem Nachdruck zum Ausdruck gebracht werden, denn wir alle wissen, dass der *Sieg des Nationalsozialismus nicht die Vollendung sondern der Anfang der notwendigen Neugestaltung unseres Volkes ist*. [...]... Denn unser Volk tritt in das Licht der Geschichte als ein Bauernvolk. Für uns Bauern ist der Dienst an der Scholle stets eine lebendige Verbindung mit jener *unergründlichen, das Leben bestimmenden Macht, die die Menschheit in Gott verehrt*. Aus dieser Gesinnung heraus ist Bauernarbeit Gottesdienst.“

Sein Chef, Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister Darré, formulierte ergänzend: „Bauer sein heißt, sich zu einem Mythos zu bekennen, zum Mythos von Geschlecht und Erde, von Blut und Boden, von Heimat und Volk“.



Bild aus SZ v. 14./15.4.2912

Richard W. Darré residierte nach seiner verkürzten Haftzeit – er war vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden – ab 1950 mit Teilen seines alten Bauernführerstabes in Bad Harzburg. Darré war seit 1930 einer der engsten Gefährten Adolf Hitlers gewesen, er hatte die Bauern im Reich hinter der NS-Parteilinie versammelt, Darré war eine der zentralen Figuren der Blut-, Boden- und Rassepolitik des Regimes und ein Vordenker der aggressiven Ausplünderungspolitik Europas. Dass Hitler ihn später durch seinen Stellvertreter Herbert Backe ersetzte, hatte den Grund darin, dass Backe sichere Gewähr für die rigorose, millionenfaches Verhungern planende Ausplünderung der sowjetischen Nahrungsressourcen bot.

Nach Darrés Tod 1953 versammelten sich ehemalige NS-Prominenz und bundesrepublikanische Würdenträger zur Beisetzung auf dem Goslarer Friedhof. Er wurde gerühmt und gewürdigt, wie die Goslarsche Zeitung vom 10.9.1953 zu berichten wusste:

„Richard Walter Darré ist heimgegangen. Die Erde der Stadt, die er als Reichsminister zur Heimat wählte, hat das aufgenommen, was sterblich an ihm war. Hunderte von Goslarern gaben dem Ehrenbürger das letzte Geleit. [...] Zahlreiche Bauern hatten sich eingefunden, um ihre Verbundenheit mit dem Menschen Richard Walther Darré zu Ausdruck zu bringen. [...] Die eindrucksvollste Ehrung aber war die schlichte Haltung der ungezählten Menschen, die einfach nur da waren und des Toten in Stille gedachten. [...] Der Verstorbene habe schwere Prüfungen durchmachen müssen, seit ihm 1942 die Anerkennung versagt wurde. Selbst nach dem Kriege sei es ihm nicht erspart geblieben, fünf Jahre in Lager- und Gefängnishaft zu verleben. Und nun sei er aus dem Leben abberufen worden, ohne die Möglichkeit zu haben, seinem Vaterland und seiner Heimat zu dienen, wie es sein Streben gewesen sei: Aus Liebe zur Heimat sei er im ersten Weltkrieg als Freiwilliger an die Front gegangen. Diese Liebe und die Ehrfurcht vor dem gottgewollten Leben hätten sein Schaffen bestimmt.“

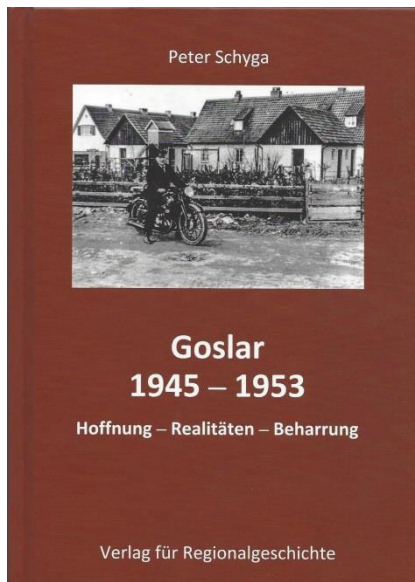
Gegen diese Art der Vergangenheitsbearbeitung hat sich mühsam und voller Auseinandersetzungen über Jahrzehnte eine Aufarbeitung der NS-Geschichte durchgesetzt, die sich an der historischen Wirklichkeit orientiert und nicht an Mythen oder vermeintlichen Opportunitäten von politischer Gegenwart. Diese Gegenwart zeigt allerdings, was angesichts eines mehrheitsgesellschaftlichen Einvernehmens oft missachtet wurde: Dieser Konsens ist gefährdet und brüchig.

Geschichtsvergessenheit und Geschichtsrevisionismus sind en vogue. Das Ringen um historische Wahrheit in Wahrhaftigkeit bleibt Aufgabe. In der Auseinandersetzung um das Dokumentationszentrum Bückeberg geht es genau darum.

PS

Brüche und Kontinuitäten nach 1945 – eine lokalhistorische Studie

Es mag ungewöhnlich sein, doch erlaube ich mir in eigener Sache auf meine im November 2017 als Buch erschienene Studie zu Goslar in der Nachkriegszeit hinzuweisen. Sie konzentriert sich auf die sozialen, politischen und ideologischen Verhältnisse im Ort und zeigt dabei, dass und wie sich volksgemeinschaftliche Kontinuitäten bei allen Versuchen neuer demokratischer Anfänge hartnäckig hielten. Bei allem lokalpolitischen Kolorit weist sie auch über die Verhältnisse vor Ort hinaus.



Ankündigung

Filmvorführung: NS-Wochenschauen der Kriegsendphase 1944/45

Am Mittwoch, den 7. Februar, zeigt das Kommunale Kino verschiedene NS-Wochenschauen der Kriegsendphase 1944/45. Die Wochenschau-Berichte zu den Kriegsereignissen 1944/45 und ihre Ästhetik verdeutlichen die propagandistische Verklärung der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs.

Die deutsche Kriegswochenschau, die seit Juni 1940 mit dem einheitlichen Titelvorspann „Die Deutsche Wochenschau“ (DW) erscheint, ist während des Zweiten Weltkrieges nichts weniger als das filmische Verlautbarungsorgan des NS-Regimes. Sogenannte Propagandakompanien von Heer, Marine, Luftwaffe und Waffen-SS liefern spektakuläre Aufnahmen von den Fronten, die in den Produktionsräumen der Deutschen Wochenschau GmbH bei der Ufa zusammenmontiert werden. In ihrer ästhetischen Verklärung des Krieges, aber auch in ihrer filmkünstlerischen und stilistischen Geschlossenheit stellt die DW ein Unikum unter den Wochenschauen der Kriegsparteien im Zweiten Weltkrieg dar. In welcher Weise behandelt nun dieses auf Sieg und Heroismus ausgerichtete Filmperiodikum die Schlussphase des Krieges? Wie wird die Durchhalte-Propaganda des Regimes transportiert? Dies soll an einer Auswahl später DW-Ausgaben gezeigt werden.

Eine wissenschaftliche Einführung erfolgt durch Dr. Dirk Alt, Gesellschaft für Filmstudien e.V. Nach der Vorführung besteht das Angebot zur Diskussion.

Die Deutsche Wochenschau 1944/45 Produktion: Deutsche Wochenschau GmbH / Ufa u.a. 3. Mai 1944, 2. November 1944, 22. März 1945



„NS-Wochenschauen der Kriegsendphase 1944/45“ ist eine Filmvorführung im Rahmen der Filmreihe „Erinnerungsbilder“ der Städtischen Erinnerungskultur Hannover und des Kommunalen Kinos im Künstlerhaus.

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jeden ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 29.01.2018.

Redaktionsschluss der Märzangabe am 20.03.2018.

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 0/15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

Landeshauptstadt



Hannover